

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“
Sprechrohr
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Ulmenfeld-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Für Monat Oktober 18 000 000 Mk. und Nachzahlung. Für einzelnes Exemplar 2 Mk. 10 Pf. Anzeigenpreis: Die erste Zeile einer Anzeige 100 000 Mk., Grundjahr einer Reklamelle 100 000 Mk., die folgenden 50 000 zu maltpflichtigen bei Wiederholung Rabatt.

Nr. 233.

Ulmenfeld, Samstag den 6. Oktober.

Jahrgang 1918

Zur Lage.

Es ist ein Jammer um unsere deutsche Politik: nach außen sind uns die Hände gebunden durch die schwache Entwaffnung auf Grund des Versailler Diktats, im Innern aber sind die Parteigegegensätze unüberbrückbar. Schillers Mahnung: Seid einig, einig, einig! — seit fast 12 Jahren vieltausendmal gebraucht — ist vergebens und wird vergeblich bleiben. Selbst in der Stunde höchster Gefahr für den Bestand des Reiches hat man in Berlin keine Kräfte zu einander gefunden, hat nichts gewagt von der Not, die allmählich allen ans Leben geht, nichts von der Verantwortung für Volk und Vaterland. Doktrinaire Theorien und einseitige Parteigrundlagen haben zu der Regierungskrise, ja zum Rücktritt des Kabinetts Stresemann geführt. Am Dienstag wollte der Reichskanzler sein Programm im Reichstag entwickeln, das sich aus der neuen Lage nach Einstellung des passiven Widerstands und den vergeblichen Versuchen der Anknüpfung von Verhandlungen mit Frankreich ergibt. Die „Zeit“ berichtet darüber:

Es ist klar, daß die französische Regierung nicht verhandeln will, sondern auch nach der Einstellung des passiven Widerstandes den Kurs ihrer bisherigen Politik weiter verfolgt. Dabei ist namentlich die Art, wie sie die Wiederherstellung der deutschen Beamten behandelt, für Deutschland unerträglich. Der Dienstreid, den man den Beamten erzwingen will, bedeutet einen unverhältnißmäßigen Eingriff in die deutschen Freiheitsrechte. Es ergibt sich aus der ganzen bisherigen Regierungspolitik von selbst, daß das Kabinett diesem Vorgehen nicht ruhig zusehen wird, die Regierungserklärung läßt keinen Zweifel daran, daß das Kabinett entschlossen ist, dem französischen Vorgehen die einzig mögliche Antwort zu erteilen. Mit dieser Haltung sind sämtliche Parteien einverstanden, so daß ersichtlichweise außenpolitisch eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis einschließlich zu den Sozialdemokraten besteht. Innerpolitisch bringt die Regierungserklärung als wichtigsten Bestandteil die Vorlegung eines Ermächtigungsgesetzes, durch das sich das Kabinett die Vollmacht geben lassen will, alle ihm nötig erscheinenden Maßnahmen wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Natur im Verordnungswege durchzuführen. Dieses Ermächtigungsgesetz umfaßt auch die zurzeit besonders eingehend erörterte Frage der Produktionssteigerung durch Mehrleistungen. — Dieses Programm enthielt also eine Erfüllung der meisten von der Wirtschaft vorgetragenen Wünsche. Unter anderem beseitigte es den schematischen Achtstundentag und legte ihn als Maximalarbeitstag nur für die schwerarbeitenden Betriebe fest. Es sah ferner vor, daß die Demobilisierungsverordnungen nach ihrem Ablauf am 31. Oktober d. J. nicht wieder erneuert werden sollten, und enthielt auch sonst Maßnahmen im Hinblick auf die Erzielung einer größeren Sparsamkeit und Förderung der Ausfuhr.

Ueber dieses Programm ist die Krise entbrannt, an den alten Gegensätzen sozialistischer und bürgerlicher Auffassung über die Wirtschaftsform und schließlich auch an tatsächlichen Angelegenheiten politischer Natur. In erster Linie trifft dabei die Partei des Kanzlers, die Volkspartei, selbst die Schuld. Aber schließlich war die „Koalitionssche“ von Zentrum, Demokratie, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie eine unnatürliche Verbindung, da sie soviel Gegensätze in sich trägt, die ein fruchtbares Arbeiten unmöglich machen mußten. So ist denn das erste Kabinett Stresemann gescheitert, und man muß sich wirklich fragen, ob es vom Reichspräsidenten Flug war, ihn zum zweitenmal mit der Neubildung zu betrauen, denn die Große Koalition ist tot. Die Sozialdemokratie steht in Opposition. Das ist das hervorsteckende Ergebnis dieser Krisenwoche. Bei ihr hat der linke Flügel, der unter schäfflichem und bekümmertem Einfluß steht, gesiegt. Daher die Ablehnung aller Vermittlungsvorschläge, um die sich Demokraten und Zentrumslente vergeblich bemühten. Bei den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft (Zentr., Demokr. und D. V.) wird man auch nicht übermäßige Lust haben, eine neue Regierung zu bilden, die schon beim ersten Geschehen, dem Ermächtigungsgesetz, zusammenbrechen kann. In der Deutschen Volkspartei regt sich der rechte, unter Führung von Hugo Stinnes stehende Flügel stark und kündigt Stresemann das Vertrauen. So

sagt die „D. V.“ unter anderem: „Seine Unterhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt, und es ist die Frage, ob sie überhaupt zu einem greifbaren Ergebnis führen werden. Stresemann ist ein typischer Exponent des deutschen Parlamentarismus und schwerlich die geeignete Person, um die Krise dieses Parlamentarismus zu überwinden.“

Stresemann will vorerst noch weiter verfahren, in Kabinett aus wenigen Männern, eine überparlamentarische Regierung zu schaffen, die dann mit diktatorischen Befugnissen ausgestattet werden soll, falls der Reichstag dem Ermächtigungsgesetz zustimmt. Wir glauben nicht, daß Stresemann der Mann der Zukunft ist, auch nicht der Kanzler für ein Kabinett der Verteidigung des Vaterlandes nach außen und innen, wie es die „Völkische Zeitung“ vorschlägt. Noch weniger glücklicher aber scheint der erneute Versuch der Demokraten zu sein, die sich um die Herstellung der Großen Koalition bemühen. Dazu sind allzuvielen Dingen gefehlt, die die Sozialdemokratie nicht verpönt und die gerne in die Opposition geht, um die den Kommunisten zuwandernden Arbeitermassen bei der Stange zu halten.

Aber es liegt sonst noch genug Sprengpulver in Deutschland. Man nehme nur die Schlagworte, die man jetzt hört: Diktatur der Schwerindustrie und Rechtsputsch! Durch das Gruselmaden mit Bayern und der Reichsdiktatur, durch die Empfindlichkeit gewisser Schächer der Republik und die Folgen eines wenigstens in Süddeutschland unbegrenzten Ausnahmezustandes, vor allem aber durch die völlige Untätigkeit der Regierung gegen die Preis-anarchie, die Einführung der Goldmarkrechnung nach Dollarfuß u. a. ist in den allerweitesten Kreisen der Gebante zur Gewalt geworden: So kann parlamentarisch nicht weiter regiert werden. Es muß etwas geschehen, um den unerträglichen politischen Zuständen, vor allem aber dem wirtschaftlichen Wirrwarr und Unsinne der Gegenwart (1 Goldmark = 130 Millionen Papiermark!) ein Ende zu machen. Fragt man darüber einen führenden Staatsmann, so hört man immer die alte Ausrede: Zwangsläufige politische und wirtschaftliche Entwicklung. Wenn diese Entwicklung zum Chaos zwangsläufig ist, dann würde es schon klüger sein, heute den Kommunisten die Macht zu überlassen! Aber daran denkt niemand, am allerwenigsten die maßgebenden Parteien und ihre Führer. Oder vielleicht der bayerische Kultminister Hellbach, der in Stuttgart kürzlich für ein Zusammengehen von Deutschland und Ausland eintrat? Angesichts der weltpolitischen Lage — England und Frankreich haben sich voll zusammengefunden — könnte dies gerade Deutschland bitter zu stehen kommen! Die Lage in Deutschland ist so ernst und so entscheidungsvoll, wie noch nie seit 1918. Es kann sich heute nur noch um eine Diktatur eines kleinen Kabinetts oder um Reichstagsauflösung handeln. Alles andere ist Nidwert. Der Parlamentarismus hat wieder verjagt. Das meint sogar unverblümt die „Frankf. Zeitung“.

In diesem Verfall des politischen und wirtschaftlichen Lebens tragen die Franzosen ihr redlich Teil bei. An Ruhr und Rhein wälten sie weiter mit Raub und Morden. Keine Geschäfte eines Volkes wird solche Schand- und Verbrechen aufzuweisen haben, wie die der Franzosen an Ruhr und Rhein. Die Sonderbündler in Düsseldorf haben sie am letzten Sonntag beschützt mit Kavallerie und Panzerautos, deutsche Schutzpolizei verwundet, ermordet lassen von den Sonderbündlern, und jetzt beugen sie das Recht und stellen die Ermordeten und Bedrohten als Mörder vor ihre Kriegsgerichte. Die Verfolgungspolitik Frankreichs wird aber trotz allem einmal scheitern an der Treue der Rheinländer, die sie in Köln so machtvoll bekundeten. Und wenn es 100 Jahre dauert, bis die Geschichte zum Weltgericht wird. Auch wieder einmal an Frankreich!

Die bayerische Frage wird im Reich mehr erörtert als in Bayern selbst, wo man sich im allgemeinen wohl fähig unter der Diktatur laßt, bis auf die, die es betrifft. Das sind einmal die Sozialdemokraten, denen laßt die Selbstschutzorganisationen und Waffen haben, die eigentlichen Hüter der Nationalsozialisten, denen der Diktator ihr Parteiblatt, den „Völkischen Beobachter“, verbott. Im übrigen ist es parteipolitische Hefe stärkeren oder minderen Grades, was man außerhalb der weiß-blauen Grenzfläche über die bayerische Politik

faselt. Diese ist reichstreu und neigt allerdings nach rechts, auch zur Monarchie, selbst bei den sog. Parteien der Mitte. Aber bekanntlich handelt es sich dabei nur um Formen der politischen Auffassung. Auch die Geistes nach einer nationalen Diktatur sind in Bayern nicht so groß als man vielfach glaubt. Aber eines will laßt verhalten, daß Bayern nicht nochmals eine Schreckenszeit wie unter der Käthezeit anno 1919 erlebt. Der Reichswehrminister Geßler hat mit „Nationalkommunisten“ unter Führung eines Majors a. D. Buchruder, die in Kärnten einen Putsch verjagten, bayerisch gesprochen, indem er Reichswehr zusammenzog und die 400 Mannschaften festsetzen ließ. Bei der Schieberei gab es wenig Unheil.

Ob den eigenen Sorgen ist der Blick in die weite Welt gekümmert. In London beriet die britische Reichskonferenz über wirtschaftliche und politische Fragen des großen Britenreichs. Die Weltpolitik spielte auch etwas herein. Man freut sich nach der englischen Presse über das neu geknüpfte Band zwischen Frankreich und England. Baldwin hat bei der Eröffnung dem Ausdruck gegeben. Im gleichen Grade sind die deutschen Verhandlungen der Verhandlungspolitiker gekümmert.

Preis-anarchie im Reich.

Die eigenartige Natur des sogenannten „Reichsindex“ läßt zwei Erscheinungen unterscheidbar in eine zusammenfassen, welche auseinanderzuhalten und zu verfolgen von größter Bedeutung wäre bzw. ist.

Die erste Erscheinung ist die Preissteigerung überhaupt als Folgeerscheinung, als natürliche Wirkung des Währungsverfalls. Hier handelt es sich nur um scheinbare Preissteigerungen, in Wirklichkeit aber um eine zunehmende Wertlosigkeit des Wertmeters, also des Geldes.

Die zweite Erscheinung, auf welche in den „Mittelungen“ des württ. Stat. Landesamts schon mehrfach hingewiesen worden ist, hat einen ganz anderen Charakter und Grund. Sie muß als System des zunehmenden Verfalls des inneren deutschen Marktes bezeichnet werden. Dieses Symptom, diese statistische „Anzeige“ wird aber durch den „Reichsindex“ nicht nur nicht angezeigt, sondern verwischt, ja geradezu verdeckt. Diese zweite Erscheinung hat schon bei den recht eigenartigen Kämpfen um die sogenannten „Ortszulagen“ für einzelne Gemeinden im Reich eine außerordentliche Bedeutung gehabt und diese Bedeutung hat sich in den letzten zwei Monaten sehr stark gesteigert. Die Preisvergleiche, welche das württ. Stat. Landesamt in diesen „Mittelungen“ seit einiger Zeit aus den deutschen Großstädten vorgeführt hat, sind neuerdings auch von der „Frankf. Ztg.“ sichprobenartig vorgenommen worden.

Wir geben etliche besondere Beispiele: Am 25. September waren vorzügliche Hweisschen in Würzburg das Pfund um 600 000 Mk. in den Häden, um 550 000 Mk. auf dem Markt zu haben; an demselben Tage waren schlechte und zum Teil unreife Hweisschen in Berlin überall nicht unter 3 Millionen Mk. für das Pfund zu erhalten, also um das Fünffache. Die „Frankfurter Ztg.“ vom 3. Okt. Nr. 733 bringt für den 29. Sept. bzw. 2. Okt. folgende uneinheitlichen Preisspannungen je für ein Pfund in Millionen Papiermark:

Margarine: Berlin 33-44, Hamburg, Karlsruhe 52; Schmalz: Dresden 47,5, Frankfurt 74-81; Butter: Berlin 56-68, Karlsruhe 120; Kartoffeln: Karlsruhe 1, München 2,6-2,8; 1 Ei: München 4, Karlsruhe 10; weiße Bohnen: Dresden 9, Frankfurt 23-25,2; Weizenmehl: München 7,5, Frankfurt 13,6-17,8; Weißkraut: Hamburg 1, Stuttgart 4; Hweisschen: Karlsruhe 2,5, Hamburg 3; Äpfel: Kassel 4,5, Hamburg 20; Nusseln: Kassel 4, Hamburg 20.

Wie man aus diesen Gegenüberstellungen, welche jederzeit noch erweitert werden könnten, ersehen, erreichen die Spannungen nicht etwa nur das Doppelte und Dreifache, sondern sogar das Vier- und Fünffache. Für Stuttgart ist bedeutsam, daß Weißkraut viermal teurer ist, als z. B. in Hamburg, auch in allen übrigen Städten war es billiger zu haben. Diese Preisunterschiede können durch etwaige Qualitätsunterschiede so wenig mehr erklärt werden, wie durch den Marktverfall. Vielmehr müssen sie durch ein Befragen des Ausgleichs durch den Handel erklärt werden und dieses Befragen muß seinerseits auf die Frage führen, inwiefern es durch die Verkehrssteigerungen und Verkehrserschwerungen mitteilt werden kann.

Neues vom Tage.

Beamtenverbände und Reichsregierung.

Berlin, 5. Okt. Der Deutsche Beamtenbund teilt mit: Obwohl die Reichsregierung nach dem vom Reichstag ausdrücklich gebilligten Zustimmungsvorbehalt verpflichtet war, in den Verhandlungen vom 4. Oktober eine Anpassung der Beamtenbezüge an die Geldentwertung vorzunehmen, erklärten die Regierungsvertreter, keine Vollmachten zu haben, über eine solche Anpassung an die neue Geldentwertung ab 1. Oktober zu verhandeln. Da ferner die Regierungsvertreter sich weigerten, für ihre Person für eine Anbahnung der Besätze ab 1. Oktober einzutreten, sah sich die Richterkommission der Arbeiter- und Beamten-Gewerkschaften veranlaßt, unter Protest den Verhandlungsausschuß zu verlassen.

Das Schicksal der Ruhrgefangenen.

Berlin, 5. Okt. Von zuverlässiger Seite wird aus Weisenkirchen mitgeteilt: In 18 Gefängnissen des Ruhrgebietes und des Bräunelohs Düsseldorf befinden sich noch 15 000 deutsche Gefangene. Dazu kommen noch mehrere tausend Gefangene, die sich in den Gefängnissen des altbesetzten Gebietes befinden, weiter fern, die sich in Frankreich und Belgien befinden. Auch nach der Einstellung des passiven Widerstandes wurde den Gefangenen keinerlei Erleichterung gewährt. So ist diesen auch das Lesen der Tageszeitungen immer noch verboten. Die Unterbringung der Gefangenen ist unverändert sehr zu wünschen übrig. Von den 170 Gefangenen, die aus dem Verbodener Kuchhaus in ein Essener Gefängnis gebracht worden sind, ist ein Teil gezwungen, auf dem Fußboden zu schlafen.

Bayerische Diktatur.

München, 5. Okt. Das Erscheinen der demokratischen „Münchener Morgenpost“ wurde vom Generalkommissar Kahr bis zum 17. Oktober verboten. Das Blatt hatte in einem Leitartikel scharf gegen die Diktatur Kahr's Stellung genommen.

München, 5. Okt. In einer stark besuchten Funktionärsversammlung der Christlichen Gewerkschaften in Augsburg nahm der dem linken Flügel der Bayerischen Volkspartei angehörende Landtagsabgeordnete Junke Stellung zu der Verordnung Kahr's betreffend die Verhütung von Streiks und Ausperrungen. Der Redner erklärte dabei, daß die Verordnung nicht oder wenigstens nicht in dem Umfange nötig gewesen sei.

Mädchenmord eines französischen Gendarmen.

Wessentirchen, 5. Okt. Auf dem Flugplatz Wessentirchen wurde ein junges Mädchen tot aufgefunden. Ein französischer Gendarm ist schuldig.

Die Dyer von Düsseldorf.

Düsseldorf, 5. Okt. Die Liste der Toten und Verwundeten, die nach dem Zusammenstoß am Sonntag in die Kronenbühnen eingeliefert wurden, weist insgesamt 78 Personen auf, davon 4 Tote, 9 Schwerverletzte, 17 Mittelschwere und 48 Leichtverletzte.

Obder Wetteifer.

Koblenz, 5. Okt. In der Rheinlandkommission ist man der Ansicht, daß die militärische Gewalt abgebaut und durch die Zivilgewalt ersetzt werden müsse. Auch das neu besetzte Gebiet solle der Oberhoheit der Rheinlandkommission unterstellt werden.

Die Absichten der Sonderbündler.

Haag, 5. Okt. Matthes, einer der Führer der rheinischen Abfallbewegung erklärte dem Korrespondenten des „Telegraph“ in Düsseldorf, die rheinische Republik werde im Laufe des kommenden Herbstes ausgerufen werden.

Verstärkungen für das besetzte Gebiet.

Paris, 5. Okt. Die französische Regierung trägt sich mit der Absicht, das militärische Aufgebot im besetzten Gebiet zu verstärken. Es werden tatsächlich demnächst Verstärkungen entsandt werden. In der Hauptsache dürfte es sich um eine gegen Bayern gerichtete Maßnahme handeln. Die Verordnung des Generalkommissars v. Kahr, wonach jede Person, die den Befehlsmächtigsten behilflich ist, Kuchhaus oder sogar Todesstrafe erhält, wird hier als Herausforderung aufgefaßt.

Einigkeiten der Sozialdemokratie?

Berlin, 5. Okt. Die Gegensätze in der Sozialdemokratischen Partei scheinen sich in den Mittagsstunden, nicht zuletzt durch das Eingreifen des Reichspräsidenten, so weit gelegt zu haben, daß mit einer Wiederaufleben der großen Koalition noch gerechnet werden kann. Man hofft, daß sich auch in der Frage des Ermächtigungsgesetzes ein Weg finden läßt, den die Sozialdemokraten zu gehen bereit sind.

Versuch der Wiederherstellung der Großen Koalition.

Berlin, 5. Okt. Besondere Bedeutung verdient ein Beschluß den die demokratische Reichstagsfraktion am Freitag vormittag gefaßt hat und der dann sofort dem Reichspräsidenten und dem Kanzler durch den Abg. Koch telephoniert worden ist. Er hat folgenden Wortlaut: „Die Deutsche demokratische Partei richtet an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler die dringende Aufforderung, den Versuch der Wiederherstellung der Großen Koalition nochmals erneut aufzunehmen. Wird ein solcher Versuch nicht unternommen, so sieht sich die Fraktion nicht in der Lage, einem sogenannten unpolitischen Kabinett ihr Vertrauen auszusprechen.“

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der Kanzler den Plan eines unpolitischen Kabinetts aufgegeben hat. Man schließt das daraus, daß der Kanzler auf Samstag mittag eine Sitzung des alten Kabinetts anberaumt hat, zu der alle bisherigen Mitglieder mit Ausnahme Dr. Hülserding's und des Herrn von Hammer geladen worden sind. Auch im Parlament scheint man bereits angefangen zu haben, die Große Koalition wieder zu bitten. Die Besprechungen mit

den Parteiführern gehen weiter. Man verhandelt sogar schon über eine Formel des Arbeitszeitgesetzes, die allen Faktoren genügen könnte. Eine optimistische Stimmung beginnt langsam wieder hochzukommen und die Wahrscheinlichkeit sei, daß die zerfallene Große Koalition wieder aufsteht. Jegendwelche endgültigen Entscheidungen sind natürlich noch nicht gefallen.

Die alte Koalition.

Berlin, 5. Okt. Die geschlossene Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei hat einhellig die Absicht zur Wiederaufnahme von Kabinettsverhandlungen auf der Basis der Großen Koalition ergeben. Die Wünsche über eine Spaltung der Partei, die verbreitet waren, sind in dieser Form unrichtig. Auf Grund des Ergebnisses dieses einstimmigen Fraktionsbeschlusses haben sich die Parteiführer zum Reichskanzler begeben, und ist damit zu rechnen, daß die Regierungsbildung auf der Basis der Großen Koalition vor sich gehen kann.

Die Kommunisten fordern Auflösung des Reichstags.

Berlin, 5. Okt. Wie die Z.N. erfährt, haben die Kommunisten im Reichstag einen Antrag eingebracht, der den Reichspräsidenten auffordert, den Reichstag aufzulösen.

Das Marktenbrot bleibt.

Berlin, 5. Okt. Dem Reichsrat lag ein Gesetz zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 vor. Es sollte eigentlich ab 15. Oktober die öffentliche Brotbäckerei aufheben. Der Berichterstatter führte aus, daß die Verhältnisse sich aber so geändert hätten, daß die Reichsregierung es für notwendig hält, weitere Sicherungsmaßnahmen zu treffen. In dem Gesetz wird die Reichsregierung ermächtigt, eine Brotreserve von 3 1/2 Millionen Tonnen zu erheben gegenüber 1 Million Tonnen, die nach bisherigen Vorschriften vorgesehen waren. Die Regierung wünschte nur 2 1/2 Millionen Tonnen, jedoch nahm der Reichsrat mit großer Mehrheit einen Antrag Preußens an, der auf 3 1/2 Millionen Tonnen lautete. Auch die Marktenbrotversorgung wird wieder eingeführt. Das Verfüterungsverbot, das am 31. Dezember außer Kraft treten sollte, bleibt bestehen.

Was ein Franzose sieht.

Paris, 5. Okt. E. Duval Herjey, der aus Deutschland zurückgekehrt ist, schreibt im „Journal“: Ob die Kluge regiert oder die Rechte, man sieht nicht, wie sich die Lage auch nur um das Geringste verändert hätte. Solange Deutschland die Ruhrproduktion entzogen ist, bleibt ihm jede Hoffnung, eine Katastrophe zu vermeiden, versagt. Es hat kein Geld mehr, kein Eisen und keine Kohle. Sein Handel stockt und seine Industrie stirbt ab. Bald wird der einzelne Deutsche die Tage ohne Brot und ohne Feuer kennen. Das Deutsche Reich aber kann die Ruhrproduktion erst dann wieder zurückerlangen, wenn wir es ihm gestatten.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 6. Oktober 1923

Sonntag.

Die Menschen Regen im Schmutz; aber Edelsteine sind sie doch. Ein Diamant, der im Schmutz liegt, kann nicht glänzen. Aber gerade, weil er eigentlich edel ist, kann er auch im Schmutz nicht verborgen werden. Man kann ihn herausheben und wieder reinigen und dann ist er immer noch ein Diamant und glänzt wie vorher. Chr. Blumhardt.

Die unheimlich weiter-rasende Geldentwertung versetzt uns alle in fieberhafte Unruhe. Es ist eine Jagd, bis man sein Geld hat und bis man es wieder los hat. Wie oft ist man dabei der Dumme! Wie oft gehen Treue und Glauben in die Brüche! Wann will dies freifliegende Uebel ein Ende nehmen? Nur Wertbeständigkeit kann uns retten. Aber so schnell muß man eine wertbeständige Währung herbeiwünschen muß — selbst der höchste Wertehandel der Welt, auch der gegenwärtige Abgang der Menschheit, der Dollar ist unbeständig. Unveränderliche Werte aber verschafft uns der einzige unter den Menschen, der sagen durfte: „Himmel und Erde werden vergehen, aber meine Worte vergehen nicht.“ Was Christus uns gibt an Wahrheit, Berechtigung, Glück, Liebe, Vertrauen und Hoffnung, das gibt unserer Seele Ruhe und ist eine feste Grundlage für unseren Verkehr miteinander, das verleiht einem Wert weder in dieser noch in einer anderen Welt! S. P.

* **Bausparbank betr.** Der gestern mitgeteilte Satz der Bausparbank beträgt vom 6.—9. Oktober nicht 666 900 000 M., sondern nur 66 900 000 M.

— **Ermäßigung beim Steuerabzug.** Die Ermäßigung für die Ermäßigung beim Steuerabzug beträgt vom 1. bis 6. Oktober: 6; vom 7. bis 13. Oktober: 8.

— **Schuldenverhöhung in Württemberg.** Seit der Erhöhung des Schulden vom Ende August d. J. ist die Geldentwertung in ungeheurem Maße fortgeschritten. Deshalb wurde das Schulden an den höheren Schulen, Bürgerschulen und Mittelschulen den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßt. Für den Rest des Schuldenjahres an Latein- und Realschulen ohne Oberklassen werden gefordert 140 Millionen, mit Oberklassen 300 Millionen, an Bürgerschulen 120, an Mittelschulen 100 Millionen M.

— **Kartoffelverkauf.** Im „Staatsanzeiger“ wird eine Verfügung des Ernährungsministeriums und der Landesversorgungsstelle über die Kartoffelversorgung veröffentlicht. Nach den Bestimmungen dieser Verfügung darf vom 3. Okt. d. J. ab der Verkauf von Kartoffeln in ganzen Wagenladungen auf der Bahn nach Orten außerhalb Württembergs nur noch auf Grund eines amtlich gestempelten Frachtbriefes erfolgen. Die Stempelung der Frachtbriefe und die Ausgabe der Beförderungschein erfolgt durch die Landesversorgungsstelle, Verwaltungsabteilung in Stuttgart. Die Inkassierung des Stempelzwangs auch für den innerwürttembergischen Verkehr bleibt zunächst vorbehalten.

— **Vorauszahlungen an Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.** Auf eine kleine Anfrage Bider und Gen. über die aufschiebende Verlängerung der Zahlungsfrist hat das Finanzministerium geantwortet, daß die in den ersten 8 Tagen des Oktobers fälligen Vorauszahlungen an Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer noch bis zum Montag, 15. Oktober einschließlich aufschiebend bezahlt werden können.

L.C. **Der neue Landesfrischmilchpreis.** Von Samstag, 7. Okt. bis Freitag, 12. Okt. beträgt nach den neuesten Verhandlungen der Spitzenorganisationen der Landwirtschaft und der Städte der Preis für 1 Liter Vollmilch einschließlich Frachtaufschlag 11 Millionen M. frei Sammelstelle. Laut besonderer Vereinbarung gelten von jetzt ab die Preise von Samstag bis Freitag, nicht wie bisher von Sonntag bis Samstag.

— **Altenheimpreise.** In einer Bekanntmachung hat das Arbeits- und Ernährungsministerium den Preisbehörden die strenge Durchführung der Bestimmungen über Preisbehörden und Preisverzeichnisse zur besonderen Pflicht gemacht. Durch die gleiche Bekanntmachung ist, unter Ausschluß aller anderen Grundpreise neben der Auszeichnung der einschlägigen Waren im Papiermarkt die Auszeichnung der einschlägigen Waren in Goldmarkt und Goldpennig zugelassen worden. Für die Umrechnung der Goldmarkt in Papiermarkt gilt der letzte amtliche Berliner Dollarkurs; ebenso für die Bestimmung des Multiplikators, der als wesentlicher Bestandteil der Preise im Schaufenster und im Laden auszuhängen ist. Der Multiplikator gilt jeweils für einen ganzen Tag. Eine Änderung im Laufe des Tages ist unzulässig. Verboten ist der willkürliche Übergang von der Papiermarkt- zur Goldmarktauszeichnung und umgekehrt. Eine willkürliche Erhöhung der einmal in Goldmarkt und Goldpennig festgesetzten Verkaufspreise ist unzulässig. Die Festhaltung der Grundpreise steht allerdings voraus, daß Industrie und Großhandel sich ernstlich bemühen, eine wirkliche Preisstabilisierung in Goldmarkt und Goldpennig durchzuführen.

* **Wieder eine Erhöhung des Eisenbahntarifs.** Ab 10. Oktober werden die Schließelzahlen für die Eisenbahntarife im Personenverkehr 60 und im Güterverkehr 70 Millionen betragen.

Calw, 5. Okt. Der Ortsverein hat ein Gesuch um Aufhebung der Getränkesteuer und um Ermäßigung der Fremdenwohnsteuer an den Gemeinderat gerichtet. Der Gemeinderat verkennt nicht, daß die Steuern für den Ortsverein teilweise hart wirken und andererseits der Stabilität verhältnismäßig wenig einbringen, da man aber auf die Ausgabe der Wirt angewiesen ist und eine strenge Kontrolle große Ausgaben verursachen würde. Bezüglich der Getränkesteuer will der Gemeinderat den Weg nach Stuttgart nicht beschreiten, wo nur Schammweine und Pfaffenweine der Steuer unterliegen, dagegen offene Weine steuerfrei bleiben, sondern den Ertrag der Steuern noch einen Monat auf sich, in Erwartung der Ergebnisse der schwebenden Verhandlungen. Die Fremdenwohnsteuer beträgt bisher 30%; der Gemeinderat will die Steuer bei diesem Satz lassen, dagegen die Gebühren für Heizung und Beleuchtung nicht in den steuerbaren Ertrag einziehen. Die Ärzte wollen eine Leichenschau nicht mehr unter der Mindestgebühr verstehen. Sie fordern für eine Besichtigung 1,50 M., welcher Betrag mit der Reichsindignität zu multiplizieren ist. Die Gebühren für die Leichenschau würden also gegenwärtig 65 Millionen betragen. Der Gemeinderat gibt seine Zustimmung. Der Vorverkauf von Gas und Strom geht gut von kalten und verschafft am technischen Werk ein erwünschtes Betriebsmittel. Der Jungendberg wird Heizung und Beleuchtung in provisorischer Weise unentgeltlich gewährt.

Stuttgart, 5. Okt. (Politisches.) Der Landesausschuß der Deutsch-demokratischen Partei Württembergs hält am nächsten Sonntag im Charlottenhof in Stuttgart eine Sitzung, der auch die Mitglieder der Reichstagsfraktion amwohnen werden.

Neckar röhren, O.A. Ludwigsburg, 5. Okt. (Brand.) Nachmittags brach im Anwesen von Wilhelm Kaulder, einem der größten hiesigen landwirtschaftlichen Betriebe, Feuer aus und zwar in der mit Erntevorräten dicht gefüllten Scheuer. Das Wohnhaus Kaulders, sowie die benachbarten Scheuern waren gleichfalls in Gefahr. Von Waiblingen und Ludwigsburg wurde die Kraftfahrtsprize erbeten. Es gelang, das Feuer auf die Scheuer zu beschränken, mit der etwa 300 Zentner Weizen, 110 Ztr. Haber und 30 Ztr. Gerste vernichtet wurden. Als die Ludwigsburger Kraftfahrtsprize an dem brennenden Gebäude fuhr, stürzte ein Teil des oberen Gebäcks zusammen und über die Spritze herab. Die Leitern der Spritze wurden fast völlig zertrümmert, außerdem wurden vier Leute der Mannschaft verletzt, darunter Rößlerwirt Karl Vadenmayer ziemlich schwer. Als Ursache des Brandes wird Kurzschluß vermutet.

Schwäbische Chronik.

In Stuttgart kostet jetzt die billige Straßenbahnfahrt 10 Millionen (zwei Teilsreden), bis zu vier Teilsreden 15, mehr 20 Millionen. Der Gaspreis wurde auf 10 Millionen für das Abm., der Strompreis auf 25 Millionen das Abm. erhöht. Ab Sonntag kostet ein Liter Vollmilch 20,8, Magermilch 8 Millionen M. Ein Kilo markenfreies Schwarzbrot 30 Millionen, Weißbrot 40 Millionen, 1 Brötchen 2 Millionen.

In Tübingen ist der 78 Jahre alte Schmied Härner tot aufgefunden worden.

Bei Schramberg wurde der 13 Jahre alte Hirtenknabe Haas tot auf der Weide gefunden; er hatte mit einem Revolver gespielt. — Fabrikant Schläuder stiftete für die Armen 1200 Millionen.

Aus dem ganzen Lande wird über Kartoffelüberschüsse berichtet, so allein aus dem Mergenthaler Bezirk von vier Orten, in denen bis zu acht Säden Kartoffeln auf dem Acker weggenommen wurden.

Meine Nachrichten aus aller Welt.

Die Dent-Partei hinter Mahr. Die Ortsgruppe Nürnberg der in Bamberg unter Führung des Professors Dr. Dent-Gelangen neu gegründeten Nationalliberalen Partei Bayerns hat sich vertrauensvoll hinter die bayrische Regierung und den Generalstaatskommissar Dr. von Mahr gestellt und verspricht ihnen in dem Bestreben, die Staatsautorität zu festigen und zu sichern, jede Mitarbeit.

Zer gefährliche „Zell“-Film. Die rheinischen Besatzungsbehörden haben die Aufführung des Films „Wilhelm Tell“ verboten.

Zer unsterbliche St. Barcentrasus. Wie der „Nüßbacher Anzeiger“ erzählt, erhielt in einer bayerischen Gemeinde die Freiwillige Feuerwehr durch das Verbleiben die „hochberühmte“ Spende von 1000 Mk. zum Ankauf von Schläuchen zugesandt. Das Porto der Geldüberweisung betrug, wenn auch in Dienstmarken 250 000 Mk.

John Tage lebendig begraben. Aus London wird gemeldet: In dem Bergwerk von Hallat wurden fünf Bergleute gerettet, die seit dem Unglück vor zehn Tagen ohne Nahrung in der Grube eingeschlossen waren.

Drei Ballons durch Blitzschlag vernichtet. Die internationale Freiballonwettkampft am den Gordon-Benett-Preis, deren Start am Sonntag in Brüssel stattfand, wurde durch ein schweres Unglück eingeleitet. Die Veranstaltung wurde von einem Gewitter überfallen. Drei Ballons, die von Spaniern, Schweizern und Amerikanern geföhrt wurden, sind vom Blitz getroffen worden und brennend zur Erde gestürzt. Fünf Piloten sind tot, einer ist schwer verletzt.

Schillers Vater als Schweizer Soldat.

Der „Neuen Züricher Zeitung“ entnehmen wir die folgende Neuigkeit über Schillers Vater: „Dass Schillers Vater eine Zeitlang, wenn auch nicht ganz freiwillig, Soldat in einem Schweizer Regiment gewesen ist, dürfte wenig bekannt sein. Schillers Vater war in seiner Jugend trotz seiner sonstigen Soldatität etwas abenteuerlich veranlagt. Da ihm das so sehr ersehnte Studium verlagert war, suchte er sich in die Welt hinaus und ergriff die erste gute Gelegenheit, die ihm seinen Wunsch erfüllen konnte. Im Herbst 1745, zur Zeit des österreichischen Erbfolgekrieges, war er in Wädlingen als Gehilfe des dortigen Wundarztes tätig. Eines Tages zog nun das neu aufgestellte Infanterieregiment des Grafen Frangipani, das Bayern den Niederlanden zur Verfügung gestellt hatte, durch Wädlingen. Der junge Schiller machte sich sofort von seiner Stellung frei, um sich dem Regiment als Feldscher anzuschließen. Er marschierte dem Regiment nach, holte es bei Rosenburg ein und bot sich als Feldscher an. Aber es waren alle Stellen besetzt. Das kümmerte ihn wenig. Er bat, „en suite“ mitziehen zu dürfen, also ohne Bezahlung. Das gewährte man ihm; er bekam ein Pferd zugeeignet und von den Pferdeherren wurde er so viel ein, daß er sich auf dem Marsch dafür den nötigen Proviant eintauschen konnte. Das Regiment kam nach Brüssel. Als die Franzosen im nächsten Jahr die Stadt zu belagern begannen, wurde das Regiment nach ob Zoom beordert. Das war dem jungen Schiller eine bittere Pille, denn man gab ihm kein Pferd. So ging er denn kurz entschlossen zu Fuß mit. Aber er mußte, um Schritt mit dem Regiment halten zu können, täglich zwanzig Stunden zu Fuß gehen. Bis Charleroi gieng noch; dann versagten ihm die Kräfte. Er wollte nun nach Brüssel zurück, um bei den zurückgelassenen Kranken bleiben zu können, wurde aber unterwegs von den Franzosen gefangen genommen und für einen Spion gehalten. Dreimal ward er verhört; schließlich glaubte man seinen Versicherungen und behandelte ihn als Kriegsgefangenen. Man transportierte ihn nach Gent. Dort hatten die Franzosen so eine Art militärischer „Jungfernmühle“ errichtet: als Kriegsgefangener Kämpfer für die Niederlande ging man hinein und als freier Soldat, der gegen die Niederlande kämpft, kam man heraus. Oder, man blieb drinnen bei nichts anderem als Wasser und Brot. Und dieses „Wasser und Brot“ machte schließlich auch Schillers Vater mürbe. Er erklärte sich bereit, in französische Dienste zu treten, ließ sich aber nicht in ein rein französisches Regiment anwerben, sondern trat in das Schweizerregiment ein, das der Oberst v. Neschach führte. Als ganz gewöhnlicher Soldat machte er die Kampagne dieses Regiments mit. Zuerst kamen die Schweizer als Besatzung in das genommenen Brüssel, dann zur Belagerung von Antwerpen und schließlich vor die Festung Bergen ob Zoom. Bei dieser Belagerung ist es Schiller nicht besonders gut gegangen. Man war froh, als das Regiment auf Charleroi zurückging. Aber unterwegs erlitt das Regiment einen bösen Verlust: 700 gefüllte Brotwagen waren den Kaiserlichen in die Hände gefallen. Das war die glatte Hungersnot! Schillers Vater, der sich bei der Kampagne größten Vertrauens erfreute, ward beauftragt, das französische Löhnungsgeld in holländisches umzutauschen. Er mußte daher oft Stunden lang auf der See, ohne zu marschieren. Diese Gelegenheit benutzte er, um für seine darbenenden Kameraden zu hamstern. Reich besetzt mit Lebensmitteln kehrte er eines Tages in das Quartier zurück; aber, o Schreck! sein Regiment war mittlerweile gezogen. Zwei Tage schleppte er Geld und Hamstern nach dem Regiment nach. Am 3. Tage fiel er den Kaiserlichen in die Hand. So waren seine Schweizer Kameraden um ihre Bezahlung, um Butter, Zerkfleisch, Brot und Eier gekommen.“

Die atmlose Venus von Milo. Ein Pariser führte seinen Sprößling in den Louvre, um ihm die Meisterwerke der Kunst vorzuführen. — „Wen stellt denn diese Statue vor?“ fragte der Junge, als sie vor der Venus von Milo standen. — „D, das ist der Völkerverband.“ (Observer.)

Ein zweifelhafte Kompliment. „D, Herr Pastor“, sagte die alte Dame zu dem Seelenhirten, „Ihre Predigten gehen mir immer zu Herzen. Sie sind für mich, was das Wasser für einen Ertrinkenden ist.“ (Morning Post.)

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Der hiesigen Aufwärtsbewegung der fremden Zahlungsmittel entsprach die Haltung der Effekten nicht ganz. Die Kurse der führenden Wertpapiere zeigten zwar Besserungen, aber die Stimmung war wegen der unklarer inneren Politik und wegen der ungewissen Verhältnisse gedrückt. Gegen Schluß der Woche belebte sich das Geschäft.

Am Produktmarkt liegen die Preise entsprechend der Katastrophe in die Höhe geschrittenen Devisenkurse andauernd. Der Verkehr leidet aber unter Geldmangel in den beteiligten Kreisen. Die angebotene Ware blieb knapp.

Der Metallmarkt ist naturgemäß außerordentlich fest, da die Käufer die hohen Preise nicht mehr anfragen können. Silber pro Gramm 11 750 000, Nickel pro Kg. 310, Zinn 590, Zink 87, Blei 70, Raffinadekupfer 160 Millionen.

Zum Schluß möchten wir auf eine für das deutsche Geschäft neu auftretende Gefahr hindeuten. Seit einiger Zeit haben die Forderungen der Banken eine Entwicklung eingeschlagen, welche für die Durchführung einer geregelten Wirtschaft bedrohlich zu werden beginnt. Der heute mit Banken zu tun hat, wer sein Vermögen in Effekten oder sonstigen Werten einem Bankinstitut zur Verwaltung anvertraut hat, läuft Gefahr, durch die außerordentlichen Emissionen und Provisionen, die für jedes Geschäft und jede Vermittlung von Geldgeschäften berechnet werden, in einer Weise beunruhigt zu werden, die einer Vermögensentwertung nahekommt. Die wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe der Banken, den Zahlungsverkehr zwischen den einzelnen Wirtschaftssubjekten zu erleichtern und in der einfachsten Form abzuwickeln, ist heute vollkommen in den Hintergrund getreten. Es ist höchste Zeit, daß die Banken wieder Wege suchen, auf denen sie ihren Pflichten nachkommen können.

Handel und Verkehr.

Dollar: Berlin 595 500 000 G., 601 500 000 Br.

Frankfurt 618 450 000 G., 621 550 000 Br.

1 Goldmark = 142 500 000 130 952 380 Papiermark.

Amst. Berliner Devisenkurse vom Freitag, 5. Okt.:

Amsterdam 235 410 000 G., 236 500 000 Br.

Brüssel 29 725 500 G., 298 500 000 Br.

Christiania 94 164 000 G., 94 636 000 Br.

Kopenhagen 105 735 000 G., 106 265 000 Br.

Stockholm 158 602 500 G., 159 397 500 Br.

Italien 26 723 000 G., 26 867 000 Br.

London 2 723 175 000 G., 2 763 825 000 Br.

Paris 35 311 500 G., 35 485 500 Br.

Schweiz 107 131 500 G., 107 668 500 Br.

Spanien 80 797 500 G., 81 202 500 Br.

Deutsch-Oesterreich 8379 G., 8421 Br.

Prag 17 755 500 G., 17 844 500 Br.

Buenos Aires 194 505 000 G., 198 495 000 Br.

Wirtschaftszahlen vom Freitag:

Geldzirkulation (6.—9. Okt.) 6 689 999 900 v. S.

Goldfranken 20 Fr. = 680 Millionen.

Silberankaufpreis 15 Millionenfach.

Lebenshaltungsinde 40 400 000fach.

Lebensmittel (Großhandel) 84 500 000fach.

Erntegarten Index 39 126 915fach.

Großhandelsindex 84 Millionenfach.

Einfuhrwarenindex 110 Millionenfach.

Inlandswarenindex 49 400 000fach.

Industriestoffe 145 100 000fach.

Buchhändler-Schlüsselzahl (6. Okt.) 75 Mill.

Buchdrucker-Schlüsselzahl (5. Okt.) 3,6 Mill.

Mehrere. Die Forderungen der Mannheimer Wähler lauten für Weizenmehl Spez. 0 auf 4 Milliarden. Mitteldeutschland 3,8 Milliarden.

Stuttgarter Börse. 5. Okt. Die Börse, welche sich über die innerdeutsche Spannung vollständig hinwegsetzte und sich nur von dem hohen Dollarkurs leiten ließ, war im offiziellen Markt äußerst fest und die Kurssteigerungen gingen ununterbrochen weiter, wobei die schwersten Werte am meisten bevorzugt wurden, z. B. Anilin + 400, Feinmehlonil + 550, Rammgarn Viehheim + 200, Köln-Rottweil mußten bei 900 (+ 300) gestiegen werden. Hanja Metall + 15, Krumm + 30, Maschinen Deffer + 200. — Der Fremdenverkehr war unbedeutend; nur die schwereren Werte konnten höhere Kurse ausweisen.

Ursch. 4. Okt. (Frachtschranke.) Zufuhr: Dinkel, alt 12,13, neu 30,09 Hlr.; Gerste, alt 2, neu 88,73 Hlr.; Haber, alt 9,94, neu 129,86 Hlr.; Weizen, alt 5,93, neu 18,98 Hlr.; Roggen, alt 2,20, neu 4,70 Hlr. Preis pro Hlr., in Mill.: Dinkel, alt 350 bis 450, neu 450—560; Gerste, alt 380, neu 400 bis 550; Haber alt 350—380, neu 300—470; Weizen, alt 350—410, neu 450—700; Roggen, alt 310—380, neu 380—420.

Winnenden, 4. Okt. Dem Obstmarkt wurden zugeführt: 140 Sacke Mostobst, 10 Körbe Tafelobst und 81 Körbe Zwetschen. Preis für Mostobst 650—800, für Tafelobst 800—900, für Zwetschen 250—270 Millionen Mk. je 100 Zentner.

Sapfen. In Wottenburg wurden Käufe zu 10 Millionen und Trüffel abgekauft, in Obernau und Bieringen zu 8 Millionen der Hlr. und Trüffel. In Würmlingen wurden Käufe abgeschlossen, per Hlr. zu 6—7 Millionen nebst Verkauf; die Produzenten hoffen noch auf höhere Preise wie anderwärts.

Weidenstadt, 4. Okt. (Schweinemarkt.) Die Zufuhr betrug 250 Milchschweine, die zu 450—1500 Millionen das Paar verkauft wurden. Handel flau wegen Bargeldknappheit.

Letzte Nachrichten.

Lord Curzon über die Ruhrbesetzung und die Lage.

WTB. London, 6. Okt. Die mit größter Spannung erwartete Erklärung Lord Curzons über die auswärtige Politik vor der britischen Reichskonferenz nahm 2 1/2 Stunden in Anspruch. In einem nach Schluß der Sitzung ausgegebenen Bericht heißt es, daß die Mitteilungen des Staatssekretärs des Auswärtigen die auswärtige Lage in allen Teilen der Welt behandelten. Der größte Teil seiner Ausführungen habe vertraulichen Charakter gehabt. Es sei jedoch beschlossen worden, daß gewisse Teile seiner Rede, die sich auf Fragen von dringendem Interesse und dringender Wichtigkeit bezögen, an die Presse weitergegeben werden sollten, wie die, die sich mit der Lage im Ruhrgebiet und dem türkischen Vertrag befaßten.

WTB. London, 6. Okt. Nach einer ausführlicheren Meinung sagte Lord Curzon in seiner Rede vor der Reichskonferenz u. a., unzulässig seien die optimistischen Erwartungen bezüglich der Ruhrbesetzung in welchem Maße durch die Ergebnisse demontiert. England wünsche keineswegs die Partei Deutschlands zu ergreifen und Frankreich des ihm Gebührenden zu berauben. Die französische und die belgische Antwort auf die britische Note hätten aber gezeigt, daß Frankreichs Fähigkeit zur zweckmäßigen Intervention gegenüber England gewesen sei. Der deutsche Verzicht auf den passiven Widerstand hätte drei Monate früher erklärt werden sollen. England begrüßt den Sieg seiner Verbündeten gerade, weil es seit langem die Aufgabe des passiven Widerstandes angeraten habe. Güns der von England vorausgesehenen Ereignisse sei bereits eingetreten, nämlich der Anfang der seit langem beschlossenen Auflösung. Lord Curzon erinnerte dann an die wiederholten Versicherungen der französischen Regierung, daß, sobald der passive Widerstand endgültig aufgehört habe, die Zeit zu Entscheidungen gekommen sein werde und fuhr fort, soweit er sehen könne, sei die deutsche Regierung aufrichtig und habe die von England geforderten Schritte getan. Über die Haltung der britischen Kreditierung im Ruhrgebiet könne er nichts voraussagen. Wenn die französische Behauptung zuträfe, daß der Widerstand nur nach Berliner Beschlüssen geleistet worden sei, so würden jetzt keine Schwierigkeiten mehr bezüglich der Haltung der Kreditierung bestehen. Lord Curzon erklärte, daß England bereit sei, die zweifelslos am Quai d'Orsay für die Zeit nach der Einstellung des passiven Widerstandes ausgearbeiteten Pläne freundschaftlich zu erörtern und betonte, daß England, das Adin befehligt habe, bereit sei, bei irgendwelchen vorgeschlagenen britischen Abmachungen seine Ansichten zum Ausdruck zu bringen, woran es festhalte. Lord Curzon betonte weiter, daß England an einer Erholung Europas in mancher Beziehung sogar mehr interessiert sei als wie die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands und daß es daher nach einem Abschluß verlange. Obwohl Englands Empfindungen stets auf Seiten seiner alten und vertrauten Alliierten ständen, habe es mit Mißfallen die Fortsetzung einer Politik beobachtet, die ihm keinen guten Erfolg zu versprechen und nur zu Unglück und Ruin zu führen scheine. Die im letzten Frühjahr vom Reichkanzler Dr. Cuno gemachten Vorschläge seien nicht besonders zweckmäßig gewesen. Dagegen sei das von Deutschland auf eine Kurierung Englands hin am 7. 6. gemachte Angebot der britischen Regierung als eine Aussicht auf einen Fortschritt und als geeignete Unterlagen für eine Antwort erschienen. Die englische Regierung habe ihre Vorschläge für eine solche Antwort als unparteiisch und gutgemeint angesehen und sei von der unglücklichen Antwort Frankreichs und von der nicht viel günstigeren Vergleichen sehr enttäuscht worden. Im weiteren Verlauf seiner Rede gab Lord Curzon noch eine Uebersicht über die Verhandlungen mit der Türkei, die zu dem Lausanne Frieden führten.

Die Tagesordnung des Reichstags.

WTB. Berlin, 6. Okt. Auf der Tagesordnung der für heute Nachmittag 2 Uhr anberaumten Sitzung des Reichstages steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung in Verbindung mit den Anträgen der Kommunisten bzw. der Deutschnationalen auf Aufhebung des Ausnahmezustandes im Reich und in Bayern, das Ermächtigungsgesetz in erster und zweiter Beratung, der Entwurf über die Errichtung einer Währungsbank in erster Beratung, die Gesetzentwürfe zur Änderung des Tabaksteuergesetzes, über die Steuerauswertung, über Vermögenssteuern, sowie einige andere kleinere Vorlagen.

Der amtliche Mittelkurs.

WTB. Berlin, 5. Okt. (Mittteilung der Reichsbank.) Das zur Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars ist heute am 5. 10. 1923, 600 Millionen Mk.

Schwerer Unfall.

WTB. Rönigsberg, 5. Okt. Bei einem Übungsschießen in Pillau wurden Teile eines Geschützschlusses abgesplittet. Von den umherfliegenden Eisenstücken wurden der Militärchef Oberst Borckert und ein Mann getötet. Zwei Mann wurden schwer und mehrere leicht verletzt. Einige der Verletzten wurden ins Lazarett nach Rönigsberg übergeführt.

Wetterausblick.

Unter dem Einfluß eines von Westen heranziehenden Hochdruckes ist bei vorwiegend nordwestlichen Zustriömungen für Sonntag und Montag noch mäßiges und trübes Wetter ohne wesentliche Niederschläge in Aussicht zu nehmen.

Der amtliche Wetterbericht: Schwach auf.

2114 2116 Berlin, der W. Reichsdruckverlag Rönigsberg.

Unsere Zeitung bestellen!

